

Niederschrift

zur 28. Sitzung des Ausschusses für Kultur, Soziales und Gleichstellungsfragen der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2008/2014)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Donnerstag, den 19.01.2012	18:05 - 19:30 Uhr	Hotel Kaiserhof, Raum "Fontane"

Anwesenheit

Vorsitz

Elke Wagner,

Fraktion DIE LINKE.

Monika Fiedler, Martin Gollmer, Käthe Radom, Gerold Sachse,

CDU-Fraktion

Wolfgang Petenati bis 19:15 Uhr, Jürgen Teichmann,

SPD-Fraktion

Helga Bluschke, Klaus Runge,

FDP-Fraktion

Petra Schumann,

Bündnis 90/Die Grünen

Peter-Frank Apitz,

Sachkundige BürgerInnen

Ines Jeske, Jörg Knauth, Jürgen Lüder,

Verwaltung: Herr Dr. Wetter Fachbereichsleiter Bürgerdienste, Frau Trilling Gleichstellungsbeauftragte

Gäste: Herr Ringler vom Verein Jugendhilfe und Sozialarbeit, Herr Kiupel Vorsitzender des Schwimmvereins, Herr Rui Wigand vom Integrationsbeirat, Frau Jenning von der MOZ

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Die Vorsitzende eröffnet um 18.05 Uhr die 28. Sitzung des Ausschusses für Kultur, Soziales und Gleichstellungsfragen.

Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit

TOP 2

Die fristgemäße Ladung wird festgestellt. Es sind 11 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird einstimmig festgestellt. Gleichzeitig räumt Frau Wagner den Gästen Herrn Kiupel vom Schwimmverein und Herrn Wigand vom Integrationsbeirat das Rederecht ein.

Zustimmung Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 4 Bestätigung der Niederschrift vom 24.11.2011

Die Niederschrift der 27. Sitzung vom 24.11.2011 wird einstimmig bestätigt.

Zustimmung Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Die den Abgeordneten vorliegende Ergänzung der Niederschrift vom 29.09.2011 zum TOP 6.2, das sozial-integrative Konzept zur Obdachlosenunterkunft (ODU), wird seitens des Abgeordneten Petenati wegen fehlender Diskussionsbeiträge von Herrn Teichmann, Herrn Hoffrichter, Herrn Lachmann und ihm selbst bemängelt. Er bittet diese in die vorliegende Tischvorlage einzuarbeiten, so dass die widersprechenden Aussagen von der SPD-Fraktion und der Fraktion Die Linke wiederzuerkennen sind.

Die Abgeordneten sind sich darüber einig, dass ein Wortprotokoll nicht erforderlich ist jedoch die gegensätzlichen Meinungen (Kernaussagen der Fraktionen CDU und FDP) zur Fremdbetreibung der ODU dargestellt werden sollten.

Somit muss die vorliegende Tischvorlage erneut überarbeitet und auf die TO der nächsten Sitzung verschoben werden.

Zustimmung Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 5 Informationen der Vorsitzenden

Die Vorsitzende erinnert an die von den Stadtverordneten anberaumte Demonstration "Fürstenwalde bekennt Farbe: Gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus" mit anschließender Kranzniederlegung auf dem Ottomar-Geschke-Platz, die am 26.01.2012, um 16.30 Uhr ab dem Marktplatz beginnt. Sie bittet den politischen Raum um rege Beteiligung.

Frau Fiedler fügt an, dass bisher wenig Werbung gemacht wurde und bittet z. B. Flyer an Vereine und Verbände zu verteilen.

Des Weiteren bittet Frau Wagner die Mitglieder darum, die Einnahme der im Glas zur Verfügung gestellten Süßspeisen während der Diskussionsbeiträge, aus technischen Gründen (Aufnahmegesetz) zu unterlassen.

TOP 6 Behandlung der Tagesordnungspunkte des öffentlichen Teils der Sitzung

TOP 6.1 Jugendbeteiligung auf kommunaler Ebene - Ideen aus den Fraktionen zur Realisierung (BE Herr Ringler)

Herr Ringler bedankt sich für die erneute Einladung in den Fachausschuss und ist erfreut, dass das Thema: „Jugendbeteiligung auf kommunaler Ebene“ von großem Interesse ist. Einen aktuellen Überblick zum Stand des Projektes wurde in der letzten Sitzung vorgetragen. Derzeit wird in den einzelnen Arbeitsgruppen agiert, weitere Termine mit den Beteiligten sind geplant.

Um die Kooperation mit den Schulen zu verbessern, ist für den 30.01.2012 eine Zusammenkunft der Unterarbeitsgruppe (UAG) terminiert, wozu die Schulrätin Frau Winkler eingeladen ist.

Auf Anfragen des Abgeordneten Apitz teilt Herr Ringler mit, dass der Kreis der Beteiligten größer geworden ist und regelmäßiger Kontakt besteht. Thematisiert werden derzeit 2 Projekte, die den Schulbusverkehr und die Dirt-Bike-Bahn betreffen.

Frau Wagner fügt im Ergebnis der Gespräche in der Unterarbeitsgruppe Jugendbeteiligung an, dass die Heranführung der Jugendlichen an das Geschehen auf kommunaler Ebene (z.B. Ausschusssitzungen) zum jetzigen Zeitpunkt verfrüht wäre. Stattdessen sollten Beteiligungen an demokratische Prozesse gefördert werden, um somit das Interesse für das gesellschaftliche Engagement zu schärfen. Dazu ist die Einbeziehung der Schulen erforderlich. Erste Überlegungen gehen dahin, dass Vertreter der Verwaltung und Fraktionen ab Klassenstufe 7, regelmäßig einmal im Monat eine doppelte Unterrichtsstunde durchführen und mit den Schülern über aktuell-politische Themen und Entscheidungen diskutieren.

Herr Sachse beurteilt eine Regelmäßigkeit im Sinne einer Ritualveranstaltung als ungünstig. Die Schüler und Jugendlichen sollten Themen vorschlagen, die sie interessieren, wie z.B. die Bushaltestellen am Katholischen Gymnasium oder andere projektbezogene Themen.

Worauf Frau Wagner den Vorschlag einer gemeinsamen Analyse der Sporthallen oder der Jugendclubs einbringt.

Die Abgeordnete Fiedler fasst die Ideen der Fraktion Die Linke zusammen, wie z.B. in den städtischen Schulen eine Projektwoche zum Thema: Fürstenwalde durchzuführen, in der sich die Schüler konkret mit positiven oder negativen Dingen in der Stadt auseinander setzen. Im Anschluss daran sollte ihnen Gelegenheit gegeben werden, in den Jugendclubs stadtteilübergreifend ihre Ergebnisse in Workshops vorzustellen und zu diskutieren. Dazu könnten dann der Bürgermeister oder der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung bzw. Vertreter der Fraktionen geladen werden.

Ein weiterer Vorschlag beinhaltet, die Gestaltung eines Wegweisers für Kinder und Jugendliche, um zusammenfassend über vorhandene Einrichtungen, Anlaufstellen, Projekte u.a. zu informieren. Dazu wäre die Einbeziehung des Integrations- und Behindertenbeirat erforderlich.

Abschließend schlägt Frau Fiedler vor, das Thema: Ordnung und Sauberkeit auf den öffentlichen Spielplätzen der Stadt, mit dem Projekt Jugendbeteiligung in Verbindung zu bringen.

Die Fraktion Die Linke ist gern bereit die Jugendlichen bei ihren Vorhaben zu unterstützen.

Frau Bluschke warnt davor, den Schülern Themen aufzudiktieren. In einem ersten Schritt sollten Themen von den Jugendlichen aufgenommen und gesammelt werden.

Herr Teichmann weist darauf hin, dass die Fraktionen heute aufgefordert sind mitzuteilen, inwieweit sie Willens und bereit sind das Projekt Jugendbeteiligung zu unterstützen.

Die CDU-Fraktion sichert ebenfalls ihre Unterstützung zu und favorisiert die aufsuchende Arbeit in den Schulen. Dort können die meisten Kinder und Jugendlichen erreicht werden, besonders auch die, die nicht in der Stadt wohnhaft sind. Bei einem Unterrichtsbesuch sollten die Themen der Schülern aufgegriffen und in einem zweiten Schritt sollte Einigung über die methodischen und organisatorischen Dinge erzielt werden.

Auf Anfrage von Frau Fiedler zur Rolle der Verwaltung teilt der Fachbereichsleiter Bürgerdienste mit, dass laut TO die Ideen der Fraktionen zur Realisierung gefragt sind.

Herr Apitz schließt sich dem Gesagten an und ist auch der Meinung, dass die Jugendlichen als Inputgeber agieren sollten.

Zur Aussage von Herrn Teichmann ergänzt die Abgeordnete Fiedler, dass die aufsuchende Arbeit nicht nur den schulischen Bereich betreffen sollte sondern auch den Freizeitbereich.

Die Vorsitzende fasst zusammen, dass alle Fraktionen das Projekt der Jugendbeteiligung begrüßen und sich darüber einig sind, den Einstieg über die Schulen und den Freizeitbereich zu erarbeiten. Dieses Ergebnis wird sie in die Gesprächsrunde am 30.01.2012 einbringen.

Frau Wagner wird den Ausschuss über den aktuellen Sachstand in der UAG informieren.

Abschließend benennen die Faktionen jeweils ein Mitglied für die Mitarbeit in der UAG.

Die Linke	Herr Sachse
FDP-Fraktion	Frau Schumann
Bündnis 90/Die Grünen	Herr Apitz
SPD-Fraktion	Frau Wagner

Die CDU-Fraktion muss sich noch einigen und wird Frau Stein darüber informieren.

TOP 6.2 Nutzungsgebühren Sportbad (Frau Müller und Herr Kiupel)

Dr. Wetter leitet den TOP mit dem bereits Geschehenen ein.

Am 11.11.2011 ging eine E-Mail vom Vorsitzenden des Schwimmvereins im Stadtverordnetenbüro ein, deren Inhalt sich auf die Preissteigerung der Sportbadnutzung bezog. In mehreren Gesprächen zwischen Vertretern der Verwaltung und dem Schwimmverein, konnte das Missverständnis inzwischen beseitigt werden. Zudem hat Herr Hengst zu dieser Thematik in der letzten Stadtverordnetenversammlung Stellung genommen.

Der Fachbereichsleiter übergibt Herr Kiupel das Wort und bittet seinen Schwimmverein kurz vorzustellen.

Der Schwimmverein verfügte über ca. 70 bis 75 Nutzungseinheiten (Bahnnutzungen) pro Woche im Schwapp. In Zusammenarbeit mit der Fachgruppe Sport und Kultur wurden im Februar 2010 diese auf 47 Nutzungseinheiten (Kernmaß) verringert.

Seit der Umstrukturierung des Vereins, innerhalb von 4 Jahren, ist erfreulicherweise ein Mitgliederzuwachs zu verzeichnen, der mehr Bahnfläche begründet. Durch die Preisumstellung ist die Kapazitätsgrenze erreicht.

Auf Anfrage des Abgeordneten Petenati teilt Herr Kiupel mit, dass sich durch die Preiserhöhung zum 01.04. und 01.10.2011 die Kosten verdoppelt haben. Die Sportstättenmiete betrug bisher ca. 350 – 400€ im Monat, aktuell sind diese Kosten auf 750€ pro Monat gestiegen. Somit liegt der jährliche Betrag bei 9.000€, der zu 75% die Einnahmen durch die Mitgliedsbeiträge aufbraucht. Der monatliche Mitgliedsbeitrag beläuft sich auf 10€, wobei 20% der Kinder (guter Zuspruch von Kindern mit Migrationshintergrund) über das BuT finanziert werden.

Herr Kiupel informiert, dass an den Schwimmverein der Wunsch herangetragen wurde, muslimisches Frauenschwimmen möglich zu machen. Der Glaube fordert jedoch einen hohen Aufwand, der vom Verein allein nicht bewerkstelligt werden kann.

Die Vorsitzende gibt den Hinweis, dieses Projekt zunächst mit dem Integrationsbeirat zu beraten.

Herr Runge stellt fest, dass der Schwimmverein, dessen Mitglieder zum größten Teil Kinder und Jugendliche sind, mit der Preiserhöhung ins „kalte Wasser gestoßen“ wurde. Er merkt an, dass die

Mitgliedsbeiträge eines Vereins jährlich im Voraus kalkuliert und in die Haushaltsplanung aufgenommen werden. Der Abgeordnete kritisiert die kurzfristige Beitragserhöhung für die Sportbadnutzung, die ohne vorherige Ankündigung zum Tragen kam.

Abschließend verweist Herr Runge auf die in 2005 beschlossene Sportförderrichtlinie, auf deren Grundlage unter bestimmten Voraussetzungen eine doppelte Bezuschussung möglich ist. Zum einen werden für alle Sportvereine 85% der Nutzungsgebühren von der Stadt übernommen. Für Vereine mit einem Jugendanteil über 20%, kann zusätzlich ein jährlicher Zuschuss in Höhe von 9,50€ pro Kind/ Jugendlichen beantragt werden, die dem Schwimmverein auch dienlich wären.

Herr Dr. Wetter teilt auf die Kritik von Herrn Runge mit, dass mit Schreiben vom 18.01.2011 an alle Vereine eine Ankündigung der Preiserhöhung gesandt wurde.

Herr Kiupel fügt an, dass die Ankündigung mit der Dezemberrechnung bei ihm eingegangen ist und daher nicht bewusst zur Kenntnis genommen wurde.

Herr Petenati ist verwundert, dass Frau Müller vom Eigenbetrieb nicht der Einladung zur Sitzung gefolgt ist.

Er schließt sich dem Gesagten von Herrn Kiupel und Herrn Runge an und bestätigt, dass laut Aussagen anderer Vereine die Preiserhöhungen überraschend in Rechnung (zum 01.04. und 01.07.2011) gestellt worden sind. Der Abgeordnete kritisiert hart, dass weder der Werkleiter noch Frau Müller sich zu der Problematik geäußert haben und bittet einen von Beiden zur nächsten Sitzung einzuladen.

Herr Sachse stellt verwundert fest, dass Herr Hengst in der Sitzung des Hauptausschusses am 02.11.2011 mitgeteilt hat, dass die Vereine auf Grund der Förderrichtlinie von den Preiserhöhungen nicht betroffen sind und sich nur die Belastungen für die Stadt erhöhen. Das widerspricht den bereits von Herrn Kiupel Vorgetragenen. Der Abgeordnete bittet um Klarstellung.

Da die Problematik heute nicht gelöst werden kann, schlägt Frau Wagner vor, diese erneut auf die TO der nächsten Sitzung zu bringen und nochmals den Werkleiter oder wenn er verhindert ist, Frau Müller einzuladen. Wenn Herr Kiupel Interesse hat, ist auch er gern gesehen.

Die Vorsitzende bittet über den Vorschlag abzustimmen.

Zustimmung Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 6.3 Arbeitsbericht des Integrationsbeirates

Herr Wigand dankt in Vertretung der Vorsitzenden des Integrationsbeirates Frau Kartozyan, die leider erkrankt ist, für die Einladung zur Sitzung und möchte einen kurzen Tätigkeitsbericht geben.

Der Integrationsbeirat ist 2006 gegründet worden und feiert Anfang März seinen sechsten Geburtstag. Der Vorstand besteht aus sechs Personen, von denen drei Gründungsmitglieder sind. Ein Mitglied ist im Vorstand des Migrationsrates Land Brandenburg vertreten. Herr Wigand teilt erfreut mit, dass der Integrationsbeirat regelmäßig von weiteren fünf bis zehn Personen beratend begleitet wird.

Insgesamt wurden im vergangenen Jahr 11 Sitzungen und eine Klausurtagung zur Erstellung des Arbeitsplanes durchgeführt. Des Weiteren haben Vertreter des Beirates an einer Fachtagung zur verbesserten Integration von Flüchtlingen teilgenommen und eine Konferenz der Brandenburger Integrationsbeiräte in Frankfurt/Oder besucht.

Die Beiratsarbeit erfolgt grundsätzlich in Form der Vorstandsarbeit und beinhaltet z.B. die Herstellungen von Publikationen, Beratung und Begleitung von Zuwanderern (Integrationskurse), Unterstützungen bei der Organisation und Durchführung von Festveranstaltungen, Workshops und Projekten. Der Beirat ist stets bemüht, die von den Migranten mitgebrachten Traditionen aufrecht zu erhalten.

Eine große Herausforderung stellte die Übersetzung des „Wegweiser für werdende Familien“ in acht Sprachen dar, die in Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsamt des Landkreises erfolgte und demnächst veröffentlicht wird.

Auf Anfrage des Abgeordneten Runge teilt Herr Wigand mit, dass die Arbeit des Integrationsbeirates keine direkte Jugendarbeit verfolgt sondern auf die gesamte Familie gerichtet ist.

Frau Wagner informiert ergänzend, dass der Integrationsbeirat jeden dritten Dienstag im Monat, von 16.00 bis 17.00 Uhr im Stadtteilbüro in der Mühlenstraße, Sprechstunden für Personen mit Migrationshintergrund durchführt.

TOP 7 Informationen der Verwaltung

Dr. Wetter informiert über die 4. Auflage des Kitawegweisers, aktuell für das Kalenderjahr 2012, der jetzt druckfrisch zur Verfügung steht.

Das Programm des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport zur Förderung von Sanierung und Schaffung von öffentlichen Spielplätzen ist ausgelaufen. Insgesamt hat die Stadt daraus ca. 110.000€ in die Spielplätze „Mühlenberg“ und „Seepiraten“ in Trebus sowie in den Bolzplatz im Kastanienweg investiert.

Der Fachbereichsleiter bittet die Abgeordneten zur Thematik: Friedhof im Zeitalter des demografischen Wandels – Perspektiven und Alternativen, weiterhin um rege Mitwirkung. Es wird angestrebt, die Friedhofssatzung ab Sommer des Jahres zu überarbeiten und entsprechende Veränderungen in die Haushaltsplanung 2013 einfließen zu lassen.

TOP 8 Behandlung von Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses

Entgegen den Aussagen der Abgeordneten Fiedler teilt der Stadtvorsteher Herr Teichmann mit, dass über die für den 26.01.2012 geplante Demo, nach seinem Empfinden ausreichend informiert wurde.

Worauf Frau Trilling ergänzt, dass in der gesamten Stadt Plakatierungen vorgenommen wurden und alle regionalen Zeitungen und Radiokanäle angehalten sind, die Aktion anzukündigen. Dem Vorschlag aus dem politischen Raum, Handzetteln flächendeckend zu verteilen, kann aus organisatorischen Gründen nicht entsprochen werden.

Frau Fiedler fragt an, warum die Gründungsmitglieder des Lokalen Bündnisses für Familie keine Einladungen oder Informationen über Veranstaltungen erhalten. Des Weiteren wäre die Fraktion Die Linke erfreut, wenn das Bündnis im Sozialausschuss zusammenfassend über ihre Aktionen im vergangenen Jahr und die geplanten Vorhaben 2012 sowie über den aktuellen Entwicklungsstand des Bündnisses berichten könnte.

Zur Thematik der Jugendbeteiligung auf kommunaler Ebene, Rolle der Verwaltung, wünscht die Fraktion eine Beschreibung der Arbeitsfelder von Frau Boche (Stadtjugendpflegerin) und Frau Bauer (Bündniskoordinatorin).

Die Fraktion Die Linke bittet um aktuelle Informationen zum Begleitausschuss, zur personellen Zusammensetzung und der inhaltlichen Arbeit.

Im Namen aller Abgeordneten bittet Frau Fiedler die Verwaltung, die Beantwortung von Fragen aus dem politischen Raum an alle Fraktionen zu richten.

Im Anschluss geht der Fachbereichsleiter Bürgerdienste auf das Gesagte von Frau Fiedler ein und macht zum wiederholten Male darauf aufmerksam, dass alle Aktivitäten des Lokalen Bündnisses für

Familie der Homepage der Stadt zu entnehmen sind und auch der Veranstaltungskalender der Stadt von den zuständigen Mitarbeitern stets aktuell gepflegt wird.

Frau Trilling bittet die Interessenten, mit der Bündniskoordinatorin Frau Bauer (Tel.:557 164) in Kontakt zu treten, um Kontaktdaten in den Verteiler aufnehmen zu lassen.

Daraufhin ergänzt Frau Wagner, dass bereits vorbereitende Gespräche mit Frau Bauer laufen und sie ca. im Mai 2012 dem Sozialausschuss ein Tätigkeitsbericht des Familienbündnisses vortragen wird.

Dr. Wetter gibt den Termin der 6.Sitzung des Begleitausschusses (BGA) Toleranz fördern – Kompetenz stärken, am 23.01.2012 um 14.00 Uhr im Beratungsraum 258, bekannt.

Worauf Frau Fiedler vorschlägt, die gewünschten Informationen zum BGA auf die TO des Ausschuss zu bringen.

Zur Bitte bezüglich der Anfragen von den Stadtverordneten teilt Herr Dr. Wetter mit, dass er die Sachverhalte aufnimmt und dem Bürgermeister zur Beantwortung im Hauptausschuss oder in der Stadtverordnetenversammlung zuarbeitet.

Worauf Frau Wagner anhand eines Beispiels erläutert, dass sie gerade heute eine Anfrage ihrerseits an die Verwaltung persönlich per Post beantwortet bekommen hat und sie somit nicht in der Lage ist, den Sachverhalt auch an die anderen Fraktionsmitglieder weiterzuleiten. Wie sich in den meisten Fällen heraus gestellt hat, sind Antworten auf Fragen von einzelnen Abgeordneten im allgemeinen Interesse für den politischen Raum.

TOP 9 Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung

Die Vorsitzende beendet um 19:30 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung und beruft eine kurze Pause ein.

Die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung umfasst 7 Seiten, deren Anlage die 2. Ergänzung des TOP 6.2 des öffentlichen Teils der Niederschrift der 24.Sitzung ist.

Elke Wagner

Elke Stein

Vorsitzende

Schriftführerin